

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A)

- Bitte, Herr Kollege Vesper!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Minister Krumsiek, welche Waffen könnten denn nach Ihrer langjährigen Erfahrung als Justizminister in einer Erbse versteckt sein? Können Sie dem Haus darüber einmal Auskunft geben?

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Haben Sie noch nie etwas von Knallerbsen gehört?)

Justizminister Dr. Krumsiek: Es müssen nicht unbedingt Waffen hineingeschmuggelt werden. Wenn nur Heroin oder andere Rauschgifte hineingeschmuggelt werden, ist das schon schlimm genug. Ihr verhinderte Justizminister mit der bunten Kleidung ist doch derjenige, der mich hier immer anprangert, daß die Kontrollen zu scharf seien. Und wenn dann kontrolliert wird, wird noch genüßlich vorgetragen - nach der Art einer späten Karnevalssitzung -, was die sich denn da wohl wieder hätten einfallen lassen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Haben Sie denn mal einen ... Papagei gesehen?)

(B)

Ich würde Ihnen raten: Gucken Sie sich das an. Sie sollen ja auch inzwischen eine Anfrage dazu gestellt haben. Die werden wir ganz korrekt und rite beantworten, wie wir das immer machen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, dem Haushalt der Justiz zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6454 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. Trotzdem war es

(C)

eine Besonderheit; es ist einmal etwas anders als in den letzten zwei Tagen üblich abgestimmt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 11/6404. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist damit der Einzelplan 04 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/6404 in zweiter Lesung angenommen worden.

Ich rufe Nummer 8 auf:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Auch hier gibt es eine Beschlussempfehlung, Drucksache 11/6413. Ich eröffne die Beratung. - Es ist keine gewünscht. Ich schließe diese.

Ich frage Sie, ob Sie entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/6413 den Einzelplan 13 in zweiter Lesung annehmen wollen. Wer dies möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die CDU hat nicht mitgestimmt!)

(D)

- Sie ist jetzt sowieso nicht mehr so stark.

Ich rufe Nummer 9 auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1994

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 11/6400, 11/6412 und 11/6420 sowie auf die Änderungsanträge

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A)

- der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6455,
- der CDU Drucksache 11/6440 Nr. 2,
- der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6456 mit zwei Anlagen,
- der F.D.P. Drucksache 11/6457,
- der CDU Drucksache 11/6458,
- der CDU Drucksache 11/6440 Nr. 1 und
- der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6459.

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Meulenbergh für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Meulenbergh (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Haushaltspläne 12, 20 und das Haushaltsgesetz aufgerufen werden, geht eigentlich jedes Jahr ein Aufatmen durch alle Reihen, nämlich jeder weiß, daß es dann dem Ende zugeht, zweitägige intensive Haushaltsplanberatungen gehen zu Ende.

Die Frage ist natürlich, ob das, was wir hier über zwei Tage zelebrieren, richtig ist und ob man das nicht ändern kann; das ist von zwei Vorrednern heute schon einmal angesprochen worden. Ich denke, wenn man sich so umguckt, muß man zumindest einmal darüber diskutieren.

(B)

Die beiden Tage haben aber gezeigt, daß die Lage der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen zur Sorge Anlaß gibt. Zahlen, die unsere Vorstellungskraft übersteigen, bestimmen die Diskussion. Die Zeit der Spenderhosen ist endgültig vorbei.

Im Rückblick läßt sich die verhängnisvolle Entwicklung an einigen Daten festmachen: Vor 27 Jahren haben die Sozialdemokraten mit 8 Milliarden DM Schulden begonnen; nun drücken Finanzminister Schleußer rund 118 Milliarden DM, obwohl die Steuereinnahmen in den letzten Jahren nicht zuletzt wegen der Nachfrage aus den neuen Bundesländern zweistellige Zuwachsraten verzeichneten.

(Zurufe von der SPD: Waigel, Waigel!)

(C)

- Darauf kommen wir auch noch. - In diesem Haushaltsjahr sollten ursprünglich weitere 5,7 Milliarden DM Schulden aufgenommen werden. Vor zwei Wochen wurden wir von der lakonischen Mitteilung überrascht, daß aufgrund rückläufiger Steuereinnahmen weitere 1,3 Milliarden DM hinzukommen.

(Abgeordneter Sohns [SPD]: Warum denn wohl?)

Bis 1997 wird nach den Plänen der Landesregierung die Gesamtverschuldung auf ca. 140 Milliarden DM anwachsen.

Die Investitionsquote jedoch - und das ist sicherlich genauso schlimm wie die Schulden - wurde in den letzten 15 Jahren von 22,4 % auf 12,2 % heruntergefahren.

Und allein 13 % der Steuereinnahmen fressen die Zinsen auf. In Bayern sind das gerade einmal 4,3 %. Auf jeden Bürger unseres Landes lasten mittlerweile über 6 500 DM an Schulden.

Nun hat der Finanzminister mit der Haushaltssperre in letzter Sekunde auf die Notbremse getreten. Doch die angeführten Zahlen zeigen ganz deutlich, daß die finanzielle Schieflage in Nordrhein-Westfalen weder aus heiterem Himmel kam noch mit der Wiedervereinigung eingesetzt hat.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das war doch vor vier Jahren!)

- Die Schieflage gibt es schon länger. Aber sie ist auch jetzt noch gravierend.

Auch wenn die Regierung Rau beständig den fünf neuen Ländern und der Politik der Bundesregierung die Misere anlastet - wir haben es gerade wieder gehört -, sind die Probleme hausgemacht. Daran kommt sicherlich keiner vorbei, denn vergleichsweise bescheidene 2,5 Milliarden DM muß das Land insgesamt von 1990 bis 1994 in den Fonds Deutsche Einheit zahlen und profitierte bis vor kurzem von einem lang anhaltenden Aufschwung in den alten Bundesländern.

(Meulenbergh [CDU])

(A)

Meine Damen und Herren! Wo liegen also die Gründe für die beschriebene Entwicklung? Neben einer jahrelangen unsoliden Finanzpolitik der reinen Einrichtung von kostenintensiven Gesamtschulen und offensichtlichen Klientelgeschenken

(Heiterkeit bei der SPD)

besteht die eigentliche Belastung in den Personalkosten. Bereits 50 % der Steuereinnahmen werden durch die 344 700 Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes aufgezehrt, wobei die Pensionslasten jährlich nunmehr schon über 4 Milliarden DM beanspruchen.

(Zuruf von der SPD: Was schlagen Sie denn vor? - Abgeordneter Frechen [SPD]: Landwirte an die Front!)

- Das ist lächerlich. Dennoch wurden unter dem heutigen Finanzminister 8 000 zusätzliche Stellen eingerichtet, doch in welchen Bereichen, Herr Minister? Während die Zahl der Lehrer und Polizisten entgegen den Erfordernissen sogar leicht reduziert wurde, gönnten sich Ministerialbürokratie und Verwaltung großzügige Zuschläge.

(B)

Die vollmundigen Versprechungen des Ministers, 7 000 Stellen einzusparen, haben sich bei näherem Hinsehen stark relativiert, da diese Beschränkung erst im Jahre 2000 und später wirksam wird. Die Frage der Finanzierbarkeit solchen Versorgungsdenkens stellt sich nun immer drängender. Die Antwort der Sozialdemokraten sieht etwa folgendermaßen aus: Schuld haben die anderen,

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

also zahlen auch die anderen. Die von Ihnen ausgemachten Hauptangeklagten sind nach wie vor der Bund,

(Beifall bei der SPD)

- klatschen Sie nur -, den man über den Bundesrat sowieso schon in den letzten Jahren ausgeplündert hat.

(Lachen bei der SPD)

(C)

Anschließend wird noch darauf hingewiesen, daß die Verschuldung immer weiter steigt.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Sie sind doch Landtagsabgeordneter! - Zurufe von SPD und CDU - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen liegt beim Wirtschaftswachstum seit langem im bundesrepublikanischen Vergleich auf den hintersten Plätzen. In den letzten 15 Jahren wurden lediglich zwei Drittel des länderübergreifenden Durchschnitts erzielt.

Für die politische Selbstdarstellung ist den Sozialdemokraten jedoch kein Opfer zu groß:

(Zurufe von der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Hört, hört!)

10 Millionen DM wurden im Einzelplan 20 erneut für Öffentlichkeitsarbeit des Landes eingesetzt -

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

eine Position, die angesichts der finanziellen Gesamtlage unverzüglich gestrichen werden muß und im übrigen haushaltsrechtlich mindestens fragwürdig ist.

(D)

Als vordringliches Ziel wollen wir den Gesamtwachstums des Haushaltes um rund 1,5 Milliarden DM zurückführen. Dies gilt gleichermaßen für die Einzelpläne 12 und 20. Hierbei müssen alle Ausgaben - und seien sie noch so gering - einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Zu den von uns vorgesehenen Einsparungen soll entscheidend eine differenzierte Null-Runde im öffentlichen Dienst beitragen. Ich denke, daß wir von dieser in gesicherten Arbeitsverhältnissen lebenden Gruppe ein solches Opfer verlangen können, wobei ein finanzieller Ausgleich für die unteren Lohngruppen soziale Gerechtigkeit schafft. Auf diese Weise reduziert sich der Ansatz um 600 Millionen DM.

Die finanziellen Rahmenbedingungen zwingen uns dazu, die globalen Minderausgaben in allen Einzelplänen zum Ausgleich des Haushaltes um 749 Millionen DM zu erhöhen. Wir beantragen zudem, die

(Meulenbergh [CDU])

(A)

1988/1989 gebildete Rücklage in Höhe von 1,1 Milliarde DM aufzulösen und für laufende Ausgaben einzusetzen. Da die Kassenkredite in Zukunft geringer verzinst werden als langfristige Haushaltskredite, wäre ein solches Vorgehen nur wirtschaftlich.

(Beifall bei der CDU)

Durch eine Kürzung der Verfügungsmittel in allen Einzelplänen um 50 % lassen sich 1,8 Millionen DM einsparen. Die verbleibenden Mittel reichen völlig aus, den angestrebten Zweck zu erfüllen. Dabei ist der Verstärkungstitel in Kapitel 20 020 mit einem Ansatz von 200 000 DM ersatzlos zu streichen. Eine Einnahmeverbesserung von 68 Millionen DM läßt sich durch eine Auflösung der Sonderrücklage bei der Westdeutschen Landesbank erzielen. Die bislang mit lediglich 4,1 % verzinsten Gelder sollen zur Rückführung der Landesschulden eingesetzt werden.

Auch möchte ich an unseren zum Haushaltsplan 14 aufgeführten Antrag erinnern: 18 % der 43%igen Beteiligung an der Westdeutschen Landesbank zu einem Preis von mindestens 1,25 Milliarden DM zu veräußern, die dann ausschließlich der Förderung des Wohnungsbaus dienen sollen.

(B)

Meine Damen und Herren! Wir beantragen, Zuführungen an den Grundstock zum Ankauf von Grundstücken in Höhe von 35 Millionen DM zu streichen, da nur noch in dem Umfang angekauft werden soll, wie auch verkauft wird.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ein Witz!)

Das Haushaltsgesetz wird dahin gehend geändert, daß Mittel aus Grundstücksverkäufen nur noch zweckgebunden verwendet werden dürfen. Wir begrüßen außerdem, daß sich die Landesregierung unsere Auffassung zu eigen gemacht hat, durch eine Ausschreibung prüfen zu lassen, ob der Inhaber einer mit kw-Vermerken belasteten Stelle eine freigewordene Planstelle übernehmen kann.

Meine Damen und Herren! Alle diese Maßnahmen sowie die übrigen in den Fachausschüssen gestellten

Anträge ermöglichen eine Reduktion des Ansatzes für Schuldenaufnahme um rund 2,7 Milliarden DM.

(Zuruf des Abgeordneten Frechen [SPD])

Mit Blick auf die prekäre Haushaltssituation, den Zangenriff der Schuldenlast halten wir unsere Anträge für angemessen und fordern daher ihre Umsetzung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Frau Kollegin Berger für die Fraktion der SPD.

Abgeordnete Berger (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Meulenbergh, wie in den vergangenen beiden Jahren auch schon, zeichnen Sie hier wieder einmal ein äußerst düsteres Bild, das an der Realität des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs hinlänglich vorbeigeht.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Haushaltsentwurf 1994 wurden bereits erhebliche Einsparungen in vielen Einzeltiteln vorgenommen. Anders wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, die Ausgabensteigerung auf 2,8 % zu begrenzen. Dies war auch in den betroffenen Häusern kein einfacher Vorgang.

Die Ergänzungsvorlage der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 1994 macht deutlich, daß die Zeiten sehr schwierig geworden sind. Es war notwendig, die Ansätze für die Steuereinnahmen insgesamt um 1,3 Milliarden DM zu reduzieren. Die konjunkturelle Entwicklung schlägt hier also schon voll durch.

Darüber hinaus mußte die Landesregierung zwangsläufige Entwicklungen auf der Ausgabenseite berücksichtigen. Die Mehrausgaben werden durch eine globale Minderausgabe und die Absenkung des Ansatzes für die Kreditmarktzinsen aufgefangen. Somit ist eine zusätzliche Ausgabensteigerung im Gesamthaushalt nicht vorgesehen.

(C)

(D)

(Berger [SPD])

(A) Meine Fraktion hat sich in ihren Beratungen zum Haushalt eng an den gesetzten Rahmen gehalten. Durch Umschichtungen in Höhe von ca. 16 Millionen DM konnten wichtige Aufgaben, zum Beispiel im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe oder im Bereich der Polizei, mit den notwendigen Haushaltsmitteln entweder ausgestattet oder auch verstärkt werden.

Eine ähnlich solide Arbeit habe ich allerdings bei den anderen Fraktionen vermißt.

(Beifall bei der SPD)

Die Einsparungsvorschläge wie auch die Umschichtungsvorschläge sind oftmals sehr vordergründig und können weitestgehend als reine politische Strategie abgehakt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Meulenbergh [CDU])

- Doch, Herr Meulenbergh. Dies wird besonders deutlich bei den Anträgen zum Einzelplan 20.

Sinnvollerweise hat die CDU-Fraktion schon einige im Haushalts- und Finanzausschuß eingebrachte Anträge, wie ich das gesehen habe, zurückgezogen, also nicht wieder eingebracht.

(B) Ich will hier erst nur auf einige Anträge eingehen. - "Alle Jahre wieder" sollen nach Vorstellung der CDU-Fraktion Anteile des Landes an der Westdeutschen Landesbank veräußert werden

(Zuruf des Abgeordneten Meulenbergh [CDU])

- ja, und das nicht nur zur Weihnachtszeit, Herr Meulenbergh -, diesmal, um die Wohnungsbauförderung zu verstärken. Eigentlich geht es der CDU-Fraktion darum, der Landesregierung ein wichtiges wirtschafts- und strukturpolitisches Instrument aus der Hand zu schlagen. Anders kann ich das nicht sehen, wenn Familiensilber wirklich ohne Not veräußert werden soll.

Daß Nordrhein-Westfalen in der Wohnungsbauförderung an der Spitze liegt, dies wurde bereits in der gestrigen Debatte erörtert. Aber ich will doch noch ganz kurz auf eines eingehen: Auch ließe der Bau- markt wohl kaum eine kurzfristige Steigerung, wie

(C) Sie das wollen, zu. Eine Steigerung der Baupreise wäre die Folge, und dementsprechend würden die Effekte meines Erachtens dann so wieder aufgebraucht.

Der weitere Antrag der CDU-Fraktion ist der Vorschlag einer differenzierten Nullrunde im öffentlichen Dienst. Auch hierzu ist gestern debattiert worden. Ich will das nicht wiederholen. Aber auch rein haushaltstechnisch ist dieser Vorschlag einfach unnützlich. Echte Einsparungen können ja erst nach Abschluß der Tarifverträge durch die Tarifparteien und der Festlegung der Besoldung der Beamten durch den Bundesgesetzgeber zum Tragen kommen.

Da entspricht es doch eher einer vorsichtigen Haushaltspolitik, sich vorsorglich auf alle Eventualitäten einzustellen, als hinterher unter Umständen keine Deckung zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Damit ist das Geld allerdings ja auch nicht ausgegeben. Aber es geht Ihnen ja vor allen Dingen wohl nur darum, Öl ins Feuer zu gießen.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

(D) Doch nun zu den Anträgen der F.D.P.-Fraktion! Herr Wickel, ich glaube Ihnen gern die gute Absicht; aber ich meine auch, Sie haben es sich etwas einfach gemacht.

Da ist zunächst der Antrag auf Einstellung einer qualifizierten Minderausgabe in Höhe von 1 Milliarde DM. Sie begründen das folgendermaßen:

Sie

- gemeint sind damit die Einsparungen -

sollen in Form einer qualifizierten globalen Minderausgabe veranschlagt werden, um bei hinreichender Bestimmung der Ausgabenhauptgruppen dem Finanzminister ein höheres Maß an Flexibilität beim Haushaltsvollzug einzuräumen. Dies ist zugleich ein Schritt zur Stärkung der

(Berger [SPD])

(A)

Eigenverantwortung der Exekutive im Rahmen der Budgetierung durch das Parlament.

Diese Begründung ist gut und nachvollziehbar.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber ich habe zu Beginn meiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß bereits in der Regierungsvorlage in den Einzelkapiteln erhebliche Einsparungen enthalten sind. Außerdem ist auch bereits in die Ergänzungsvorlage eine globale Minderausgabe von 250 Millionen DM eingesetzt worden. Das muß doch erst einmal verkraftet werden! Zudem wissen wir noch nicht, wie sich die Konjunktur und damit auch die Steuereinnahmen im nächsten Jahr konkret entwickeln. Diese Rückwirkungen müssen unter Umständen auch noch im Landeshaushalt aufgefangen werden.

Ihr zweiter Antrag, die Einnahmen in Höhe von 1 Milliarde DM aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen einzusetzen, ist auch äußerst pauschal. Sie müßten schon sagen, welche Beteiligungen Sie meinen.

(Beifall bei der SPD)

Der Weg, den der Finanzminister vorgeschlagen hat, ist da meines Erachtens erheblich sinnvoller.

(B)

Der Finanzminister hat ja zugesagt, alle 44 Beteiligungen zunächst einmal zu überprüfen. Eine Veräußerung von Beteiligungen soll aber möglichst nur erfolgen, wenn dies landespolitisch sinnvoll und auch verantwortbar ist. Die Erlöse aus dem Verkauf der Treuarbeit wurden ja bereits im Haushalt verbucht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verkauft selbstverständlich wieder die WestLB.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem sieht sie in ihrem Antrag unter anderem globale Minderausgaben bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten,

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

(C)

beim Erwerb von Ausstattungen und bei der Unterhaltung von Landesgebäuden vor.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist genau verkehrt!)

Im Bereich der Neu- und Erweiterungsbauten wird aber meines Erachtens seit geraumer Zeit ohnehin nur noch das Notwendigste getan. Und bei der Bauunterhaltung noch mehr zu sparen, ist eine reine Milchmädchenrechnung. Bauunterhaltung zu unterlassen führt dort zu kaum aufholbaren Unterhaltungsrückständen. In vielen Gemeinden wird diese Erfahrung heute sehr schmerzlich gemacht.

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Das ist die reinste Busch-Politik!)

Auch an den Ausstattungen im Bereich der Landesverwaltung noch mehr zu sparen, dürfte die Motivation der Mitarbeiter kaum heben.

(Beifall bei der SPD)

Ein großer Teil der Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezieht sich auf den Einzelplan 12 - Finanzministerium. Hier sollen insbesondere die Finanzämter personell verstärkt werden, und zwar als ein Programm zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Aber mehr Steuerprüfer bedeuten doch nicht automatisch mehr Steuereinnahmen.

(D)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Doch!)

Die Umsetzung der Organisationsuntersuchung der Betriebsprüfungsdienste soll, so ist es beschlossen worden, bis zur Sommerpause 1994 dargestellt werden. Herr Busch, da waren Sie nur nicht anwesend.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Oh! Oh! - Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Das ist wie bei der Polizei: Mehr Polizisten bedeuten mehr Anzeigen und Verfahren!)

Mit dem verstärkten Einsatz der ADV kann zusätzlich von einer Entlastung der Bediensteten in den Finanzämtern ausgegangen werden. Für deren Arbeitseinsatz

(A) (Berger [SPD])

möchte ich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion einmal Dank sagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was wir brauchen, ist eine konsequente, sozialverträgliche Sparpolitik -

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Appel [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

so, wie sie nach der Überprüfung zur Programmwirksamkeit mit der Aufgabenkritik, aber auch mit den Überlegungen zur Verwaltungsstrukturreform angelegt ist.

Jetzt noch eines zum Schluß:

Ich finde es sehr gut und richtig, daß die mit dem Nachtrag 1993 begonnene Haushaltssystematik, die Anteile des Landes am Fonds "Deutsche Einheit" klar in den Haushalt aufzunehmen, im Haushaltsentwurf 1994 weitergeführt wird.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Dringend erforderlich!)

(B) Nicht nur, daß die Entwicklung nun für alle besser nachvollziehbar ist; ich hoffe auch inständig, daß uns hiermit viel Zeit erspart wird. Ich denke da an die endlosen Debatten, die im Haushalts- und Finanzausschuß von seiten der CDU-Fraktion geführt worden sind. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Wolf und Heitmann [SPD])

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Wickel, ich darf Ihnen für die Fraktion der F.D.P. das Wort erteilen.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Einzelplan 12, dem ureigenen Plan des Finanzministers, brauchen wir uns meines Erachtens weniger zu befassen, steht doch der Finanzminister unter dem dauernden Zwang, mit seinem Haus Vorbildfunktion für andere Ressorts

(C) zu übernehmen. Deshalb mache ich auch keinen Hehl daraus, daß ich mir an manchen Stellen des Finanzministeriums personelle Verstärkungen vorstellen könnte, die aber leider wegen der Vorbildfunktion unterbleiben.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Hört! Hört!)

In diesem Zusammenhang ist auch eine kritische Anmerkung nötig:

Bei den Beratungen zum Haushalt wurde ich mehrfach in meinem Eindruck bestärkt, daß die Spiegelreferate im Finanzministerium hier und da etwas blind sind, wenn die Fachressorts ihre Vorstellungen einbringen und durchsetzen. Das sollte so auf gar keinen Fall sein. Nicht ohne Grund habe ich in diesem Zusammenhang von "horizontalen und vertikalen Fachbruderschaften" gesprochen.

(Abgeordneter Heitmann [SPD]: Sei vorsichtig!)

Ganz besondere Aufmerksamkeit - für die Damen und Herren der hinteren Reihen - haben wir in Zukunft den Verpflichtungsermächtigungen zu schenken. Wie in allen Einzelplänen feststellbar, wachsen die Verpflichtungsermächtigungen in Zeiten knappen Geldes überproportional. Gerade im Einzelplan 08 ist eine besonders hohe Steigerung festzustellen, die, wenn ich richtig gerechnet habe, den Jahresetat des Ministeriums inzwischen übersteigt: Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt über 2,5 Milliarden DM bei insgesamt über 9 Milliarden DM im gesamten Haushalt 1994.

(D) Auch für Verpflichtungsermächtigungen gelten die haushaltsrechtlichen Vorschriften, daß nämlich die geplanten Maßnahmen erst die Voraussetzungen zur Einstellung in den Haushalt erfüllen müssen. Hinzu kommt, daß Verpflichtungsermächtigungen eine Zeitbombe für die kommenden Haushalte sind. Sie legen Entscheidungen fest, die dann kaum mehr rückholbar sind, und sie geben den Fachressorts Ermächtigungen im voraus, wobei wir die künftigen Entwicklungen zum Teil gar nicht übersehen können.

(Wickel [F.D.P.]

(A)

Die Verpflichtungsermächtigungen sind allerdings auch ein politischer Akt, kann man doch mit ihnen nicht in den Haushalt eingestellte Maßnahmen in einen Versprechungstatbestand gegenüber der jeweiligen Klientel erheben und damit politische Wirkung erzielen. Wegen der vorseilenden Bindung von zur Zeit nicht vorhandenen Haushaltsmitteln sind sie allerdings ein so großes Übel, daß sie eher zurückgefahren als erhöht werden dürften.

Die F.D.P.-Fraktion, Frau Kollegin Berger, hat in den Mittelpunkt ihrer diesjährigen Haushaltsberatung die qualifizierte Minderausgabe gestellt. Wir Freien Demokraten wollen in Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen - die Personalausgaben um 25 Millionen DM und in Titel 54 900 die sächlichen Verwaltungsausgaben um 475 Millionen DM senken.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Unsere qualifizierte Minderausgabe ist eben kein politischer Rasenmäher, Herr Kollege;

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Richtig! Stimmt! - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Eben qualifiziert!)

(B)

sie setzt Schwerpunkte für politische Ziele in den Bereichen innere Sicherheit, Bildung und Wissenschaft. Und, das kann man mit allem Freimut zugeben, sie stuft andere Bereiche in der Prioritätenfolge zurück.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Richtig! Stimmt!)

Der Finanzminister konnte ja seine Sympathie für unsere Anträge nicht verbergen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Lediglich seine Ressortkollegen sehen das völlig anders.

Die F.D.P.-Fraktion hat gleichfalls bei Titel 972 00 eine globale Minderausgabe für alle anderen Hauptgruppen von 500 Millionen DM zum Antrag erhoben. Der Finanzminister hat in seiner Ergänzungsvorlage zum Haushalt 1994 zeitlich nach unserem Antrag 251 Millionen DM von unseren beantragten 500 Mil-

lionen DM übernommen. Irgendwie müssen wir da ja richtig gelegen haben.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Trinius [SPD]: Hat Sie die Kollegin Berger selbst nicht wörtlich zitiert?)

Die F.D.P.-Fraktion hat weiter im Kapitel 20 610, Herr Kollege Trinius - Kapitalvermögen -, eine Einnahme von 1 Milliarde DM aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen ausgebracht. Jetzt wartet die Kollegin Berger auf die spannende Frage, ob wir die WestLB auch verkauft haben.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Damit hier Klarheit besteht: Damit ist nicht der Verkauf von Anteilen der WestLB - Klammer auf: als Jäger 90 des Landtags -enthalten,

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

sondern wir haben uns eine ganze Zahl anderer Landesbeteiligungen ausgeguckt wie z. B. die rund 75 Millionen DM Beteiligung an der Deutschen Pfandbriefanstalt. Es wurde uns zwar berichtet, daß hier Frau Ministerin Brusis für den Aufsichtsrat kandidiert und trotz 2 800 Gegenstimmen gewählt wurde, aber dafür halten wir uns doch keine Landesbeteiligung. (D)

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Oder, meine Damen und Herren, die Beteiligung der Flughafen Düsseldorf GmbH, wo eine stolze Summe von 949,2 Millionen DM herauskommt, die Beteiligung an der Deutschen Lufthansa von 94,5 Millionen DM, die Beteiligung an der Düsseldorfer Messgesellschaft von 40,3 Millionen DM, und so weiter und so weiter. Da kommen noch fünf, sechs Passagen, wo wir das gleiche vorhalten können.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was macht ihr denn mit der LEG?)

- Herr Dr. Linssen, da ich mir nicht klar war, ob die LEG nicht in einem Landesinteresse anderer Art steht, habe ich es mir für später aufgespart.

(Wickel [F.D.P.]

(A)

Die F.D.P.-Fraktion hatte drittens beantragt, Beträge aus Einsparungen und Verkäufen dem Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung - zuzuweisen. Wir wollten dieses Geld nicht im Haushalt verfrühtücken, sondern von der größten Belastung, nämlich den Schulden, etwas herunterkommen. Die SPD-Mehrheit hat unsere Anträge abgelehnt. Aber auch hier bleibt uns die Hoffnung, daß mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die SPD-Mehrheitsfraktion in der Tendenz folgen wird. Daß diese Hoffnung berechtigt ist, zeigen viele Anträge und Initiativen der F.D.P.-Fraktion, die nach einer gewissen Schamfrist dann als Anträge der SPD wiederkommen.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Abgeordneter Trinius [SPD]: Die Hoffnung sollte man nie aufgeben!)

Mit dem Haushalt 1994 übernimmt jeder Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen mehr als 7 000 DM Schulden des Landes. Um im Bild zu bleiben: Wir klettern auf dem steilen Dach des Schuldenhauses herum, immer noch in der Hoffnung, irgendwoher käme die rettende Leiter. Kommt diese nicht, dann ist irgendwann der Absturz vorprogrammiert. Das wollen wir Freien Demokraten nicht. Eine Handreichung zur Rettung waren unsere Anträge.

(B)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Es war eine Über-Rettung!)

- Aber, verehrter Herr Kollege Trinius, Sie wollten unsere Hand nicht, und dann wollen wir auch Ihren Haushalt nicht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Busch, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Abgeordneter Dr. Busch⁷ (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Unterschied zur F.D.P.-Fraktion habe ich wenig Hoffnung, daß unsere Anträge Ihre Gnade finden. Insofern, da ihnen die inhaltlichen Aussagen

auch schon bekannt sind, kann ich es relativ kurz machen,

(Beifall)

insbesondere deshalb, weil Frau Hürten unseren zweiten Antrag gleich noch vorstellen wird.

(Allgemeines Lachen)

- Es freut mich, daß Sie alle noch wach sind. Um zehn vor zehn - fürs Protokoll - sind noch alle wach!

Die Bundesregierung hat vor kurzem zugegeben, daß die Unterbesetzung der Finanzämter zu massiven Steuerausfällen der öffentlichen Hände führt. Ich habe das hier schon zigfach vorgetragen. Deshalb wir in der Summe 54 Millionen DM zusätzlich zur Personalausstattung der Oberfinanzdirektionen und Finanzämter in unseren Alternativhaushalt eingestellt, weil wir wissen, daß selbst offensichtliche Steuerhinterziehungstatbestände in Nordrhein-Westfalen nicht verfolgt werden, weil die Großunternehmen nicht lückenlos geprüft werden - wie es immer wieder behauptet wird -, sondern die Prüfungen immer oberflächlicher und eingegrenzter durchgeführt werden.

Um den willfähigen Argument zu begegnen, es gäbe doch gar kein Personal auf dem Markt, haben wir weitere 13 Millionen DM in unseren Alternativhaushalt eingestellt, um die Fortbildungsstätten in Haan und Nordkirchen auszubauen.

Diese Maßnahmen sind eine unabdingbare Voraussetzung nicht nur für eine mittelfristige Strategie zur Verringerung von Steuerhinterziehung und Verbesserung der Steuergerechtigkeit, sondern auch zur Verbesserung der Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen. Ein Steuerfahnder bringt in Nordrhein-Westfalen ein Ergebnis von 1,1 Millionen DM netto in die öffentlichen Haushalte.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Stellen Sie sich einmal vor, alle wären Steuerfahnder!)

- Herr Trinius, das Geld liegt gewissermaßen auf der Straße. Wir wollen es einsammeln.

(C)

(D)

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A)

In dem Zusammenhang ist vielleicht ein kurzer Hinweis auf die Zinsabschlagsteuer interessant, weil wir da gesehen haben, wie das mit der Einladung zur Steuerhinterziehung funktioniert: 13 Milliarden DM Mindereinnahmen bei dieser neu eingeführten Steuer, 1994 16,8 Milliarden DM Mindereinnahmen. Also ein ganz offensichtlicher Hinweis darauf, daß die Selbstveranlagung der Steuerpflichtigen - wie auch nicht anders zu erwarten - nicht geklappt hat.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Es hat nicht jeder die gleiche Veranlagung, Herr Kollege!)

Wir fordern die Quellensteuer, zumindest aber ein Kontrollmitteilungsverfahren, um diese systematische und offensichtlich auch gewollte Lücke in der Besteuerung zu vermeiden und abzuschaffen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Quellensteuer gibt es doch schon bei der Lohnsteuer!)

Vielleicht darf ich Ihnen in dem Zusammenhang noch kurz ein Zitat vom Präsidenten des Bundesfinanzhofes, Prof. Franz Klein, vorlesen. Der hat nämlich die Kundenbetreuung der Banken bei der Umgehung des Zinsabschlages wie folgt qualifiziert: In den USA werde ein solches Verhalten als Beihilfe zur Steuerhinterziehung bestraft.

(B)

Das finde ich sehr interessant. Ich frage mich natürlich: Was unternimmt die Landesregierung, um die Nachversteuerung solcher Einkommen zu besorgen, die im Ausland an der Steuer vorbeigeführt wurden? Das ist eine Debatte, die wir sicher an anderer Stelle und zu einer früheren Tageszeit einmal führen können.

Wir möchten den Verstärkungstitel im Einzelplan 20 streichen, aus bekannten Gründen, weil wir nicht einsehen, weshalb Ausgaben zur Öffentlichkeitsarbeit noch einen Reservetitel von 10 Millionen DM brauchen.

Und in der Tat, im Unterschied zur F.D.P., wollen wir auch den Landesanteil an der WestLB an die Sparkassen des Landes verkaufen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: An die Öko-Bank!)

Solange das aber nicht passiert, wollen wir aber wenigstens ein faires Entgelt für die zur Verfügungstellung von über 5 Milliarden DM Haftungskapital durch das Land an die WestLB. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Sieben Minuten für Frau Hürten!

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Hürten, wollen Sie noch das Wort ergreifen? - Bitte schön.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das sind doch keine sieben Minuten mehr! - Abgeordneter Trinius [SPD]: Die GRÜNEN sind sich nicht einig, vermute ich!)

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es ist schon spät, aber mein Kollege Busch hat ja Zeit eingespart, und ich komme auch mit drei Minuten zurecht. Aber ich möchte noch einen Antrag, der mir wichtig ist, begründen.

Wir beantragen die Bereitstellung von 5 Millionen DM für die Fortbildung von weiblichen Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen der Landesverwaltung.

(D)

Aufgrund der Analyse der Personalentwicklung, der geplanten Umstrukturierung und auch der geplanten und schon durchgeführten Privatisierungen sind wir zu der Auffassung gekommen, daß eine nachhaltige mittelbare Diskriminierung von weiblichen Beschäftigten droht, wenn nicht aktiv gegengesteuert wird.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das gehört in den Einzelplan 11!)

- Nein, das gehört hierher.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen diese These am Beispiel der Schreibkräfte erläutern. Noch gibt es in den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung Schreibkräfte. Bei-

(Hürten [GRÜNE])

(A)

spielsweise liegt bei der Gewerbeaufsicht das Verhältnis Schreibkräfte zu technischen Beamten bei 1 : 9,2.

Im Zuge der verstärkten Einführung von ADV ist damit zu rechnen, daß immer weniger Schreibkräfte gebraucht werden. Immer mehr Bedienstete werden ihre Schreibarbeit im Rahmen der Sachbearbeitung ganz oder mindestens teilweise selbst erledigen. Selbst Mischarbeitsplätze scheinen keine Perspektive für die betroffenen Frauen zu sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

- Ich kann auch langsamer reden, wenn Ihnen die Zeit nicht davonläuft.

Eine vom Finanzministerium einberufene Arbeitsgruppe kam zu dem Ergebnis, daß aufgrund des Einsatzes von Automation im Schreibdienst die Einrichtung von Mischarbeitsplätzen keine Zukunft haben kann. Mit zunehmender Automation sieht sie eher eine Perspektive darin, daß überhaupt kein isolierter Schreibdienst mehr benötigt wird, weil langfristig alle Bearbeiter ihr Schreibgut weitgehend selbst erledigen können.

Die Arbeitsgruppe kam daher zu folgender Empfehlung:

(B)

Freizustellende Kräfte müssen durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen an den Mitarbeiterbereich herangeführt werden.

(Zustimmung der Abgeordneten Wolf und Heidtmann [SPD])

Genau das wollen wir auch. Überall dort, wo durch Umstrukturierung und Rationalisierung Arbeitsplatzverlust droht, sind frühzeitig gezielte Fortbildungsmaßnahmen einzurichten, die die betroffenen Frauen befähigen, andere, qualifizierte Arbeitsplätze einzunehmen. Frauen sind von diesen Maßnahmen besonders betroffen, weil ihre alte Tätigkeit, vor allem im Schreibdienst, aber auch im Reinigungsbereich und in den Kantinen, ersatzlos wegfällt.

Derartig krasse Auswirkungen konzentrieren sich unserer Beobachtung nach auf weiblich dominierte

(C)

Bereiche der Landesverwaltung im unteren Einkommensbereich.

Die bisher im Landeshaushalt für Fortbildung der Beschäftigten eingestellten Mittel reichen keineswegs, um die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen. So sind zum Beispiel Fortbildungsmaßnahmen im Durchschnitt von einem Tag für eine Weiterbildungsmaßnahme keine Seltenheit, sondern bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wirklich die Regel. Im Bereich des MAGS stehen beispielsweise 6,80 DM pro Beschäftigte und Jahr zur Verfügung. Selbst in normalen Zeiten sind diese Mittel völlig unzureichend.

In Zeiten grundlegender Veränderungen steigt dagegen der Fortbildungsbedarf überproportional. Ich bitte Sie daher dringend: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Bewilligen Sie Mittel zur Fortbildung von Frauen in unteren Einkommensgruppen. Sie wenden sich mit der Zustimmung zu diesem Antrag nicht gegen die Qualifizierung von Männern. Sie ist über andere Haushaltstitel nach wie vor möglich und muß nach Ansicht der GRÜNEN auch verstärkt werden.

Mit der Zustimmung zu diesem Antrag bewilligen Sie vielmehr Mittel, die die Landesregierung davor bewahren, bei den anstehenden Umstrukturierungsmaßnahmen Frauen mittelbar zu diskriminieren. Mittelbare Diskriminierung ist aufgrund einer EG-Richtlinie ausdrücklich verboten. Wenn Sie nicht wollen, daß die Landesregierung Gefahr läuft, gegen geltendes Recht zu verstoßen, sollten Sie unserem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Finanzminister Schleußer, bitte!

Finanzminister Schleußer⁹⁾: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es verwundert, glaube ich, nur wenige, daß die Positionen des Herrn Busch nicht meine sind.

(Minister Schleußer)

(A)

Herr Kollege Meulenbergh, Spendierhosen - das glaubt außer Ihnen niemand hier im Haus.

(Zuruf von der SPD: Er selber auch nicht!)

Sie können meine Kollegen fragen, die können Ihnen andere Geschichten erzählen.

(Heiterkeit - Zurufe)

Was die Aussage angeht, den Bund auszuplündern, werden wir in der dritten Lesung hoffentlich noch Zeit haben, uns ausgiebig darüber zu unterhalten. Ich finde, daß wir unsere Positionen gefunden haben.

Liebe Kollegin Berger, ich danke ausdrücklich für Ihre Zustimmung.

Herr Kollege Wickel, ich teile in vielen Punkten Ihre Auffassung, nicht in allen. Was die Verpflichtungsermächtigung angeht - darauf müssen wir viel Wert legen.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Ich finde, daß man das, was Sie zu den sonstigen Anträgen gesagt haben, häufiger miteinander diskutieren sollte. Nur, wir wissen, es ist spät heute, und darum bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(B)

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Einzelplan 12.

Ich rufe zuerst den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6455 auf, Stichwort: Effizienzverbesserung der Arbeit der Finanzbeamten. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 12 und verweise auf die Beschlußempfehlung

Drucksache 11/6412. Ich frage, wer der Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Beschlußempfehlung so entsprochen.

(C)

Ich komme nunmehr zum Einzelplan 20, zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6440 Nr. 2, Stichwort: Sonderwohnungsbauprogramm für Nordrhein-Westfalen. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6456, Anlage 1, auf, Stichwort: Fortbildung für weibliche Beschäftigte unterer Einkommensgruppen. Wer hier zustimmen möchte, der möge die Hand heben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf Anlage 2 des Antrags der GRÜNEN: Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/6457, Stichwort: Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Landeshaushalts, auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

(D)

Ich komme damit zur Abstimmung über den Einzelplan 20. Wer der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6416 folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist gemäß der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6416 Einzelplan 20 in zweiter Lesung angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz. Zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6458, Stichwort: "Null-Runde" im öffentlichen Dienst. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A)

Ich komme zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6440 Nr. 1, Stichwort: Sonderwohnungsbauprogramm für NRW. Wer zustimmen möchte, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Dann ist der Antrag abgelehnt.

Und schließlich zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6459 mit dem Stichwort: Aufhebung der Stellenbesetzungssperre. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 1994 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6400. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist nach der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6400 das Haushaltsgesetz in zweiter Lesung angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Dies bedeutet, daß wir am Ende der Haushaltsberatungen zur zweiten Lesung sind.

(B)

Zur Vorbereitung der dritten Lesung ist über die Rücküberweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich noch einmal um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dies so einstimmig beschlossen und der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1994 in der Fassung nach der zweiten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen.

(C)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Wir versammeln uns wieder morgen früh, 10.00 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 22.05 Uhr

^m Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

(D)

Ausgegeben: 29. Dezember 1993

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.